

Einleitung

Am 28. März 2009 fanden in Berlin und Frankfurt große Demonstrationen statt, die von Gewerkschaften und linken gesellschaftlichen Bewegungen und Parteien organisiert waren. Das Motto »Wir zahlen nicht für eure Krise« fand überall, weit über die Demonstranten hinaus Zustimmung. Auch der Autor dieses Buches ist damals mitgelaufen. Wie alle anderen war ich mit dem Aufruf vollkommen einverstanden. Aber wir wussten damals schon, dass wir doch zahlen würden für diese Krise. Ein halbes Jahr vorher hatten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) diesen Zahlungsvorgang bereits eingeleitet. Die öffentlichen Haushalte würden die Verluste der Banken übernehmen. Die Folgeschäden der Krise würden auf die Schultern der Lohnabhängigen und anderen wenig Begüterten abgeladen werden. Sie, einschließlich derer, die auf die Straße gingen, wussten, dass es zu spät war, diesen Abwälzungsvorgang zu vermeiden. Der Zweck der Demonstration sollte es höchstens sein, diejenigen, welche diese Krise veranstaltet hatten, daran zu hindern, sie wieder zu begehen. Wieder ein halbes Jahr später, im September 2009, wurde Merkel in der Bundestagswahl als Kanzlerin bestätigt. Sie konnte sich sogar einen neuen Koalitionspartner aussuchen, die FDP.

Das Gute an der Parole von damals war die Formulierung »*Eure* Krise«. Da war nicht vom konjunkturellen Abschwung oder auch von einem Systemabsturz die Rede, die wie Naturgewalten oder ein technisches Versehen über die Gesellschaft gekommen sind. Das »Eure« drückt die Täterschaft deutlich

aus. Sie war nicht mehr zu übersehen. Die Verantwortung hatten die Banker oder besser: das Finanzkapital. Wenn Marxisten und Sozialisten das Ziel formulieren, den Kapitalismus abschaffen zu wollen, gerät bei ihnen und denen, die ihnen zuhören, gern der Gegner aus dem Blick. Der tritt im Betrieb in Gestalt des Konzernchefs und bei Tarifaueinandersetzungen als Arbeitgeberseite auf. Das Besondere an der Finanzkrise bestand unter anderem darin, dass die Gegenseite, die Profiteure und die Verantwortlichen des Systems öffentlich sichtbar wurden. Es gelang den mit dem Finanzkapital verbundenen Politikern jedoch, sich als gutwillige, ebenfalls Betrogene darzustellen, die die Krisenverursacher an die Leine nehmen würden. Es gelang ihnen auch, falsche Fährten zu legen, die Empörung in die falsche Richtung zu lenken und – am schlimmsten – die Mittel für eine Bändigung des Finanzkapitals noch weiter einzuengen. Ebenfalls 2009 wurde die »Schuldenbremse« ins Grundgesetz aufgenommen und damit die Budgethoheit des Parlaments weiter eingeschränkt.

Die Herrscher des Systems sind mit dem Begriff *Finanzkapital* am besten umrissen. Die wirklich nicht neue These lautet: Das Finanzkapital übt die Herrschaft im Kapitalismus der Jetztzeit aus. Das Finanzkapital ist nach einer vorläufigen Bestimmung eine Teilmenge der Klasse der Kapitalisten, der Bourgeoisie. Diese Teilmenge, man kann sie auch als Gruppe von Oligarchen bezeichnen, herrscht über Wirtschaft und Staat – zu unserem Nachteil. Will man eher auf längere Sicht der Oligarchie die Macht entreißen, ja selbst wenn man sich wie die Demonstranten im Frühjahr 2009 nur gegen die schlimmsten Auswüchse ihrer Herrschaft wehren will, ist es nützlich, ja geboten, sich mit dem Finanzkapital näher zu befassen. Wer das Herrschaftssystem bekämpfen will, muss es verstehen. Umgekehrt lernt man es auch besser kennen, wenn man es bekämpft.

Rudolf Hilferding hat 1910 das Buch mit dem Titel »Das Finanzkapital« veröffentlicht. Es ist ein großartiges Buch. An

diesem Urteil ändert auch nicht, dass Hilferding zweimal (1923 und 1928 bis 1930) in SPD-geführten Regierungen als Finanzminister glücklos amtierte. Aber Hilferdings Buch ist sehr dick und wird schon deshalb kaum gelesen. Viel populärer wurde Lenins »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus«, das er 1916 geschrieben hatte und das 1917, nach der Februarrevolution, aber noch vor der Oktoberrevolution erschien. Lenin stützt sich in seiner kurzen Schrift sehr stark auf Hilferding. Beide Werke haben die Weiterentwicklung des Kapitalismus zu einem von Monopolen geprägten und vom Finanzkapital beherrschten »Imperialismus« zum Thema.

Die kommunistischen Parteien haben sich diese Sicht des damals aktuellen Entwicklungsstandes des Weltkapitalismus weitgehend zu eigen und zur Grundlage ihrer Programmatik gemacht sowie sie an einigen Stellen weiterentwickelt. Da die kommunistischen Parteien und ihr Marxismus (der Leninismus sowieso) in den kapitalistischen Metropolen bis auf Restbestände zurückgedrängt wurden und gezwungen wurden, das Projekt realer Sozialismus im Osten Europas aufzugeben, sah auch ihre Analyse des Kapitalismus alt und überholt aus. Das hängt, wie im Kapitel über den Staatsmonopolistischen Kapitalismus näher erläutert wird, auch mit der Anpassungsfähigkeit des Finanzkapitals zusammen, das auf die Herausforderung durch die arbeitenden Klassen, die sozialistischen Länder, insbesondere die Sowjetunion, und die Befreiungsbewegungen in den bisher kolonial und halbkolonial beherrschten Ländern reagierte.

Seit der Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre ist die Phase der Anpassung vorbei. Das Profitprinzip wird nicht mehr schamvoll hinter Parolen wie »Wohlstand für alle« oder »Soziale Marktwirtschaft« verborgen und schon gar nicht mehr, wie vereinzelt praktiziert, in seinen verheerenden Wirkungen eingeschränkt. Es wird vielmehr verherrlicht. Der Finanzsektor gewinnt an Bedeutung, Macht und Umfang. Die Macht der Einzelstaaten wird beschnitten, wenn es um die Belange der

niederen Klassen geht. Die Freiheit des Kapitalverkehrs wird verherrlicht, in den EU-Verträgen sogar als »Grundrecht«. Die »Globalisierung« wird zum unwiderstehlichen Naturgesetz erklärt. Der Wettbewerb der Staaten um die Gunst des Kapitals wird nicht nur gepriesen, sondern findet auch statt. Soziologen analysieren die »Ökonomisierung« aller Lebensbereiche und meinen auch hier die Profitorientierung. Kurz, die Ausbeutungsrate steigt.

Hans Tietmeyer, damals Präsident der Deutschen Bundesbank, hat 1996 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos freudig begrüßt, dass nicht mehr die Politik die Finanzmärkte, sondern umgekehrt die Finanzmärkte die Politik kontrollierten: »Ich habe aber bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden« (FAZ, 3.2.1996). Entsprechend sind für den aktuellen Zustand des Kapitalismus verschiedene Ausdrücke erfunden worden, zum Beispiel »Raubtierkapitalismus« (Helmut Schmidt), »finanzmarktgetriebener Kapitalismus« (Jörg Huffschmid) oder der mittlerweile weit verbreitete und ziemlich treffende Begriff »Finanzkapitalismus«. Er knüpft an Hilferdings und Lenins Terminologie der Herrschaft des Finanzkapitals an. In der Tat, wer beide liest, stellt fest, wie ähnlich die heutigen Verhältnisse denen in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg geworden sind. Allerdings wirken die heutigen Zustände krasser, die Macht des Finanzkapitals umfassender und der Finanzsektor relativ zur produzierenden Wirtschaft größer.

Zweck des Buches ist es, die von Hilferding gebotene Darstellung nachzuzeichnen und ihre Relevanz für heute zu belegen. Nicht alles, was Hilferding und Lenin vor gut hundert Jahren geschrieben haben, ist richtig. Und einiges ist heute anders als damals. Dennoch kann meiner Meinung nach mit den seinerzeit formulierten Begriffen der heutige Kapitalismus angemessen analysiert werden.

Auf einen Mangel dieses kleinen Buches möchte ich hier schon hinweisen: Die politischen Mechanismen, mit denen das Finanzkapital die gewünschte Politik durchsetzt, werden nicht im Einzelnen dargestellt, geschweige denn analysiert. Die Herrschaft des Finanzkapitals wird vielmehr vor allem auf der ökonomischen Ebene dargestellt. Dass diese Herrschaft für viele Elend und Leid bedeutet, dass diese Herrschaft auch heute Krieg und möglicherweise auch Weltkrieg bedeutet, soll an dieser Stelle aber wenigstens erwähnt werden.